

# Am falschen Ende gespart!

Über die Auswirkungen und Gefahren der angekündigten Kürzungen des Bundeshaushalts 2024 im sozialen Bereich

PRESSEMAPPE

zur

LANDESPRESSEKONFERENZ

am 04. August 2023 um 10.00 Uhr

# LANDESPRESSEKONFERENZ

am 04. August 2023 um 10.00 Uhr

## Ablauf

### **Begrüßung**

**N.N.**, Vorstand der Landespressekonferenz

### **Statement: Der Haushalt und die politischen Debatten zu einzelnen Themen sind ein Paradoxon in sich**

**Marc Groß**, Vorstandsvorsitzender der Liga-BW; Geschäftsführer DRK Landesverband BW

### **Statement: Eine zukunftsfähige und krisensichere Gesellschaft braucht Fachkräfte und soziale Infrastruktur**

**Beatrix Vogt-Wuchter**, Stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Liga-BW; Vorständin Diakonie Baden

### **Statement: Kürzungen und ihre Auswirkungen – am Beispiel Migration**

**Philipp Neurath**, Stellvertretender Vorsitzender Liga-Ausschuss Migration, Diakonisches Werk Württemberg

### **Statement: Kürzungen und ihre Auswirkungen – am Beispiel Kindergrundsicherung und weitere existenzsichernde Leistungen**

**Heiner Heizmann**, Vorsitzender Liga-Ausschuss Armut und Existenzsicherung Caritasverband der Diözese Rottenburg-Stuttgart

### **Statement: Kürzungen und ihre Auswirkungen – am Beispiel Freiwilligendienste**

**Michael Ott**, Liga-Ausschuss Ehrenamt, Bürgerschaftliches Engagement, Diakonisches Werk Württemberg

### **Kontakt:**

Dr. Mareike Bröcheler, Referentin für Grundsatzfragen und Öffentlichkeitsarbeit, Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e.V., Stauffenbergstraße 3, 70173 Stuttgart, Tel.: 0711/61967-12, Mail: [broecheler@liga-bw.de](mailto:broecheler@liga-bw.de)

## STATEMENT

# Der Haushalt und die politischen Debatten zu einzelnen Themen sind ein Paradoxon in sich

Marc Groß, Vorstandsvorsitzender der Liga-BW

Die drastischen sozialpolitischen Kürzungen, die im Kabinettsentwurf für den Bundeshaushalt 2024 vorgesehen sind, zeigen deutlich, dass hier „am falschen Ende“ gespart wird – nämlich dort, wo seit Jahren Einbußen zu verzeichnen sind und die Bedarfe an Diensten und Angeboten der Sozialen Arbeit massiv ansteigen.

Die Wohlfahrtspflege/Sozialwirtschaft ist insgesamt seit Jahren von finanziellen Engpässen geplagt. Die Situation hat sich zuletzt durch Kostensteigerungen, Energiekrise und auch (zu Recht) steigender Personalkosten verschärft. Das heißt, die Kürzungen treffen im Bereich der freien Wohlfahrtspflege einen Bereich, der gemeinnützig arbeitet und wirtschaftet, keine großen Gewinne und Rücklagen zu verzeichnen hat.

Vielmehr aber beschäftigen uns die Auswirkungen auf die Menschen, denen so dringend benötigte finanzielle Hilfen genauso wie professionelle Beratungsangebote genommen werden. Die Kürzungen treffen all jene, die gerade in den letzten Krisenjahren ohnehin gelitten haben und jetzt mehr statt weniger Unterstützung brauchen:

- Familien, Kinder und Jugendliche insgesamt,
- Kinder und Familien in Armut bzw. Menschen in Armutslagen insgesamt,
- Junge Menschen, z. B. am Übergang Schule und Beruf,
- Geflüchtete, die nach Verlassen Ihres Heimatlandes im Krieg hier Schutz und ein neues Leben suchen,
- andere Zugewanderte, die schnell integriert werden wollen und oftmals eine Lösung für den so hohen Fachkraftmangel auch in unserer Branche darstellen.

Die Liga-BW hat einige entscheidende Leistungsbereiche herausgearbeitet, in denen teils massive Kürzungen drohen. Das sind:

1. Migration und Integration
  - Asylverfahrensberatung
  - Jugendmigrationsdienste
  - Migrationsberatung für Erwachsene Zugewanderte
  - Betreuung von Geflüchteten in Psychosozialen Zentren
2. Familien und Kinder
  - Kindergrundsicherung
  - Familienerholung
3. Freiwilligendienste
  - FSJ/FÖJ und internationale FWD
  - BFD
4. Weitere Bereiche

- Bundeszuschuss Pflege
- Suchtprävention
- Eingliederungstitel in der aktiven Arbeitsmarktpolitik

Wir sehen hier themenübergreifend zwei wesentliche Probleme:

1. Der Haushaltsentwurf **konterkariert aktuelle gesellschaftlichen Entwicklungen und Herausforderungen** und alle Ansätze dazu, diese zu bewältigen: Statt Mittel für Migrationsdienste, eine überfällige Kindergrundsicherung, eine adäquate Ausgestaltung des Bürgergeldes als Arbeitsmarkthilfe, eine Stütze oder gar Ausweitung der Freiwilligendienste anzusetzen, werden gerade hier Haushaltsposten gekürzt und gestrichen. Auffälliger ist noch, dass gegenteilige Entwicklungen politisch gerade erst beschlossen sind oder regelmäßig proklamiert werden, und ein deutliches Paradoxon zum Haushaltsplan darstellen.
2. Hinter dieser Haushaltsplanung steht eine **politische Botschaft**, die durchaus Signalwirkung für die zukünftige Haushaltsgestaltung nicht nur im Bund, sondern auch auf Landesebene oder in den Kommunen haben kann und wird. Während auch dort die Haushaltslage bereits heute angespannt ist, werden es die Länder und Kommunen sein, die die Folgen der Kürzungen im Bundeshaushalt ausgleichen müssen.

Wir werden hier mit dem Land Baden-Württemberg in den Dialog treten und hoffentlich gemeinsam überlegen, wie wir mit solch immensen Herausforderungen umgehen können. Das Land ist letztlich auch gefragt, wie es die vorgesehenen Kürzungen kompensieren kann ohne Einbußen in der Daseinsfürsorge.

## STATEMENT

# Eine zukunftsfähige und krisensichere Gesellschaft braucht eine soziale Infrastruktur

Beatrix Vogt-Wuchter, Stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Liga BW

Kürzungen in den Leistungsbereichen der Sozialen Arbeit bedeuten immer unmittelbare Auswirkungen auf den Umfang von Angeboten und Dienstleistungen: Wir können ohne Zweifel sagen, dass die Kürzungen bei uns de facto eine Verringerung des Angebotes und damit auch die Streichung von Personalstellen bedeuten würde. Das bedeutet vor allem jedoch, dass die **Versorgungssicherheit** für die von uns betreuten oder beratenen Menschen massiv gefährdet ist – das also vielen Menschen existenzielle Hilfen fehlen werden!

Wenn wir den Blick weiter nach vorne richten, bedeuten Einsparungen heute eine Zunahme von sozialen Notlagen und Herausforderungen in der Zukunft. Viele Menschen kämpfen nach wie vor mit den Folgen der Corona-Pandemie. Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und in der Folge steigende Energiepreise sowie die Inflation belasten einkommensschwache Haushalte besonders stark. Die Folgen des Klimawandels sind im Alltag spürbar und belasten Menschen nicht nur wirtschaftlich, sondern auch psychisch und gesundheitlich. In diesen unsicheren Zeiten multipler Krisen erweist sich die soziale Infrastruktur als Stabilitätsanker.

Mit dem vorgeschlagenen Haushalt nimmt die Politik damit bewusst Folgen in Kauf, die in verschiedenster Weise in den nächsten Jahren und Jahrzehnten nicht nur den **sozialen Frieden** gefährden, sondern zusätzliche **Kosten und Aufwendungen** in unserem System der sozialen Daseinsfürsorge verursachen. Diese entstehen u. a. durch

- verlangsamte oder misslungene Integrationsprozesse von Menschen, die zu uns gekommen oder geflohen sind;
- vermehrte Armutslagen und damit einhergehenden multidimensionalen Herausforderungen (Gesundheit, Bildung, Einkommen) – in Familien bedeutet dies oft eine Vererbung von Armut und damit generationenübergreifende Chancenungleichheit;
- psychische und physische Beeinträchtigungen von Kindern, Jugendlichen und Familien in Folge jahrelanger Belastungen und fehlender Chance auf Angebote der Familienerholung;
- unzureichende Leistungen zur Sicherung des soziokulturellen Existenzminimums, die über das Bürgergeld angedacht sind;
- das weitere Verstärken eines drastischen Fachkräftemangels, statt an greifbaren Lösungen zu arbeiten.

Zukunftsfähigkeit und Krisenfestigkeit für unsere Gesellschaft herzustellen, funktioniert vor allem durch soziale Investitionen und eine gute soziale Infrastruktur. Denn hierin liegt die Basis für eine solidarische und funktionierende demokratische Gesellschaft. Im Entwurf des Bundeshaushalts fehlen solche Investitionsvorhaben, die Menschen aus Armut holen, die den Zusammenhalt der Gesellschaft stärken und Menschen motivieren, sich als hauptamtliche Fach- und Arbeitskräfte oder als freiwillig Engagierte in der sozialen Arbeit einzubringen.

Auch wenn wir hier über den Haushalt auf Bundesebene sprechen, so werden die Auswirkungen als individuelle Schicksale ebenso wie strukturell insbesondere hier vor Ort in Baden-Württemberg spürbar. Wenn wir über Sozialpolitik und Leistungen der sozialen Arbeit sprechen, steht dahinter immer die Unterstützung und Sicherung der Lebenslagen von Menschen.

Dazu haben wir im Folgenden drei Themen (Migration, Kindergrundsicherung und Freiwilligendienste) herausgegriffen, um die Auswirkungen auf Baden-Württemberg zu erläutern.

## STATEMENT

# Kürzungen und ihre Auswirkungen – am Beispiel Migration

Philipp Neurath, Stellvertretender Vorsitzender Liga-Ausschuss Migration, Diakonisches Werk Württemberg

Die **Asylverfahrensberatung** soll ein bundesweit einheitliches System der Beratung von Asylsuchenden in den Erstaufnahmestellen für Flüchtlinge etablieren. Dafür waren 2023 rund 20 Mio. Euro für ein halbes Jahr vorgesehen. 2024 sollte die Asylverfahrensberatung mit 40 Mio. Euro für ein ganzes Jahr fortgeführt und in den Folgejahren noch weiter ausgebaut werden. Nun sollen lediglich die 20 Mio. Euro fortgeschrieben werden, was de facto einer Kürzung um 50 Prozent gleichkommt.

Neben Geflüchteten kommen auch viele Migranten aus EU und Nicht EU-Staaten nach Deutschland. Zum Studium, Ausbildung oder als Fachkräfte. Mit den Programmen **Jugendmigrationsdienst (JMD)** und **Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE)** unterstützt der Bund die Kommunen darin, dass Integrationsprozesse von Geflüchteten und Zuwanderern gut funktionieren. Ein anderes, mit der MBE vergleichbares Angebot der Expertise an der Schnittstelle Aufenthalts- und Migrationsrecht sowie Sozialrecht und weiterer Rechtsgebiete existiert in Baden-Württemberg und auch Deutschland nicht.

Die **JMD** sollen nun von 99,85 Mio. Euro in diesem Jahr auf 63,80 Mio. Euro in 2024 gekürzt werden. Dies bedeutet eine Kürzung um 36 Prozent.

Die **MBE** sollen von 81,5 Mio. Euro auf 57,5 Mio. Euro gekürzt werden. Das entspricht einer Kürzung von rund 30 Prozent.

Bereits jetzt teilen Träger verschiedener Beratungsstandorte deutschlandweit mit, dass das Beratungsaufkommen nicht mehr zu bewältigen ist. Im Zuge des geplanten Fachkräfteeinwanderungsgesetzes ist mit einer weiteren Steigerung der Nachfrage zu rechnen. In Baden-Württemberg konkurrieren rund 300 Ratsuchende um die Zeit einer Beratungsfachkraft. Allein in Württemberg sind im ersten Halbjahr 2023 die Beratungsfälle um rund 20 Prozent gestiegen – bei gleichbleibendem Personal.

Dabei sind die Aufgaben komplex: die Verfahren zur Anerkennung von ausländischen Qualifikationen sind langwierig. Sprachkursplätze sind rar. Bei der Kinderbetreuung oder auch der medizinischen Versorgung sind die Kapazitäten überlastet. Zuwanderer, die hier leben, arbeiten und teilhaben wollen, brauchen in all diesen Feldern Unterstützung. Auch die Kindergärten, Schulen, Ärzte, Arbeitgeber profitieren von der Unterstützung und Begleitung der Ratsuchenden durch die MBE.

Die Träger der MBE auf der anderen Seite müssen für das Bundesprogramm einen Eigenanteil aufbringen. Die Kürzungen werden zwangsläufig zu Schließungen von Beratungsstellen führen. In einigen Städten und Kommunen wird es dann niemanden mehr geben, der diese Menschen begleiten kann.

## STATEMENT

# Kürzungen und ihre Auswirkungen – am Beispiel Kindergrundsicherung

Heiner Heizmann, Vorsitzender Liga-Ausschuss Armut und  
Existenzsicherung Caritasverband der Diözese Rottenburg-Stuttgart

Das Bundesministerium veranschlagte bisher 12 Mrd. Euro für die neue Kindergrundsicherung. Der Haushaltsentwurf sieht jedoch lediglich 2 Mrd. Euro vor. Es ist bekannt, dass aktuell an einem Gesetzesentwurf für die Kindergrundsicherung gearbeitet wird. Jedoch ist bereits jetzt offenkundig, dass diese Ausstattung gänzlich unzureichend ist.

Ziel und Versprechen der Kindergrundsicherung ist es, die folgenden drei großen Ziele zu erreichen:

1. Kinder und Jugendliche werden vor Armut geschützt und haben bessere Lebenschancen
2. Es werden mehr Familien und Kinder erreicht und damit verdeckte Armut bekämpft.
3. Alle Leistungen kommen einfach und unbürokratisch aus einer Hand.

Um diese Ziele zu erreichen, wird ein Teil der 150 familienpolitischen Einzel-Leistungen gebündelt: Zunächst in einem in einen Garantiebetrag, der für alle Kinder gleich und mindestens so hoch ist, wie das jetzige Kindergeld: also 250 Euro. Hinzu kommt ein Zusatzbeitrag, der das Bürgergeld, den heutigen Kinderzuschlag und die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets bündelt. Anders als der Garantiebeitrag wird der Zusatzbeitrag abhängig vom Alter der Kinder und dem Haushaltseinkommen sein.

Es geht also darum, sicherzustellen, dass die Hilfe auch tatsächlich jene Kinder und Familien erreicht, die sie dringend benötigen. Die stetig wachsende Zahl von Kindern, die in Armut leben oder von Armut bedroht sind, macht deutlich, wie dringlich genau dieses geboten ist: 2,5 Mio. Kinder bundesweit, 355.000 Kinder allein in Baden-Württemberg. Das ist jedes fünfte Kind. Und die bittere Erkenntnis ist: die bisherigen zersplitterten Familienleistungen erreichen gerade diese Kinder kaum.

- Nach Schätzungen des Bundesfamilienministeriums erreicht der Kinderzuschlag nur etwa jedes dritte anspruchsberechtigte Kind. Rechnerisch gehen demnach etwa 1,5 Millionen Kinder leer aus. Auch das Bildungs- und Teilhabepaket erreicht die Kinder in Baden-Württemberg nicht ausreichend.
- Die Inanspruchnahme von Leistungen durch Familien in SGB II-Bedarfsgemeinschaften zeigt, dass nur rund jedes zweite Kind (66 Prozent) das Schulbedarfspaket erreicht. Die Leistungen zur Unterstützung zur Mittagsverpflegung (27 Prozent), zur Schülerbeförderung (17 Prozent), zur Lernförderung (4 Prozent) und für Ausflüge (3 Prozent) kommen bei den allermeisten Kindern gar nicht an.

Wir gehen davon aus, dass die nun veranschlagten Mittel für die Kindergrundsicherung nicht ausreichen werden, um die genannten drei Ziele auch nur annähernd zu erreichen. Allein der Aufbau eines neuen, wenn auch schlankeren, Verwaltungsverfahrens wird einen erheblichen Teil der Mittel binden – ohne dass auch nur ein einziges Kind einen Euro mehr an Leistungen bekommt. Für eine wirksame Kindergrundsicherung, die diesen Namen auch tatsächlich verdient, müssen der Bewertung von

Bundesfamilienministerium, Bertelsmann Stiftung, Sozialverbänden und Gewerkschaften folgend ab sofort 12 Mrd. Euro eingeplant werden.

Wir sind überzeugt: Kindergrundsicherung funktioniert einfach nicht als „Light-Version“. Wir erwarten, dass die baden-württembergischen Abgeordneten aller Parteien die Haushaltsberatungen nutzen, um eine sachgerechte Ausstattung der Kindergrundsicherung sicherstellen. Denn wir können uns weder Kinderarmut noch einen undurchschaubaren und ineffizienten Leistungsdschungel weiter leisten.

## STATEMENT

# Kürzungen und ihre Auswirkungen – am Beispiel Freiwilligendienste

Michael Ott, Liga-Ausschuss Ehrenamt, Bürgerschaftliches Engagement  
und Freiwilligendienste, Diakonisches Werk Württemberg

Die drastische Kürzung der Fördermittel bei den Freiwilligendiensten um fast 25 Prozent der bisherigen Mittel – rund 78 Mio. Euro - hätte weitreichende Folgen: für 2024 würde mutmaßlich jeder vierte Platz in den Freiwilligendiensten wegfallen. In Baden-Württemberg wären dies 4500 Plätze weniger.

- Engagierte sind in Baden-Württemberg in Freiwilligendiensten in ganz unterschiedlichen Bereichen tätig: Sie helfen in allen Bereichen der Sozialen Arbeit (Pflege, Eingliederungshilfe, Jugendarbeit, Bevölkerungsschutz, Rettungsdienste etc.) mit und stellen dort wichtige und wertvolle Arbeitskräfte dar.
- Die Verbände der Liga-BW stellen rund die Hälfte der rund 20.000 angebotenen Plätze in FSJ und BFD in Baden-Württemberg jährlich.

Die geplanten Kürzungen des Bundes hätten auch in Baden-Württemberg weitreichende Folgen:

- 4500 jungen Menschen wird die Möglichkeit auf ein Bildungs- und Orientierungsjahr verwehrt.
- 4500 etablierte Einsatzstellen fallen als Orte für Engagement weg. Betreute und Klient:innen verlieren Aufmerksamkeit und Zuwendung bei Tätigkeiten, die keine fachliche Qualifikation, aber Zeit erfordern.
- Zusätzliche Angebote, die erst durch Freiwillige möglich sind und die das Fachpersonal entlasten, fallen ersatzlos weg.
- Für uns als Wohlfahrtsverbände sind Freiwilligendienste ein wichtiges Instrument zur Rekrutierung von Fachkräften. Neben der unmittelbar spürbaren Auswirkung der Kürzung gibt es also auch längerfristige negative Auswirkungen für die Gewinnung für Arbeits- und Fachkräften im sozialen Bereich.
- Die Mittelkürzungen sind völlig unverständlich vor dem Hintergrund der immensen Herausforderungen, vor der unsere Gesellschaft insgesamt steht; dies umso mehr angesichts der derzeitigen Diskussionen um ein soziales Gesellschaftsjahr.

Freiwilligendienste leisten einen Beitrag zum gesellschaftlichen Wert von Solidarität, zur Sensibilisierung für soziale Notlagen und damit zu einem demokratischen und positiven Staats- und Gesellschaftsbild.

